
Tendenz zur Resignation -

Gespräch über „Gerechtigkeit“ und über den Vorschlag
Oskar Lafontaines
mit Martina Auffermann, Peter Klingner und
Hans-Jürgen Stitz*

Martina Auffermann, geb. 1966 in Dortmund, ist Verwaltungsfachangestellte mit einem 25-Stunden-Vertrag bei der Stadtverwaltung Dortmund. Peter Klingner, geb. 1956 in Dortmund, ist Stadtamtmann bei der Stadtverwaltung Dortmund.

Hans-Jürgen Stitz, geb. 1948 in Dortmund, Dipl.- Soziologe, ist Stadtplaner bei der Stadtverwaltung Dortmund.

Frage: Der zentrale Begriff im Mai-Motto des DGB für 1988 ist „Gerechtigkeit“. Wie steht es aus Eurer Sicht um die Gerechtigkeit in der Bundesrepublik?

Peter Klingner: Ich sehe einen sich verstärkenden Trend zu einer größer werdenden Oberschicht. Die jetzige Regierung schützt und begünstigt die Besser-

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann am 31. März 1988 in Dortmund.

verdienenden. Sie werden auch von der Steuerreform in weit größerem Maße entlastet als die Arbeitnehmer. Bislang war es in meinen Augen ein großer Vorteil dieses Staates, daß es eine gesunde Mittelschicht gab. Jetzt scheint ein kleiner Teil dieser Mittelschicht aufzusteigen, während die meisten anderen unten zurückbleiben.

Ist das der Trend zur Zwei-Drittel-Gesellschaft?

Hans-Jürgen Stitz: Ich würde von einer Vier-Fünftel-Gesellschaft sprechen. Die künstliche Trennung in Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzende ist meines Erachtens eine bewußte Strategie, um die abhängig Beschäftigten zu spalten. Arbeitslosigkeit gehört sozusagen aus strukturellen Gründen zum kapitalistischen System. Sie dient dazu, Druck auf die Arbeitnehmer und auf die Gewerkschaften auszuüben. Der öffentliche Dienst versteht sich im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit nicht so, wie es eigentlich dem Sozialstaatsprinzip entsprechen würde: nämlich diejenigen aufzufangen, die, aus welchen Gründen auch immer, aus der privaten Wirtschaft herausgefallen sind. Der öffentliche Dienst müßte mittels Beschäftigungsprogrammen eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben.

Beide Antworten legen ihren Schwerpunkt sehr stark auf die soziale Gerechtigkeit. Ist das der wichtigste Aspekt von Gerechtigkeit?

Martina Auffermann: Ich zum Beispiel fühle mich ganz unmittelbar und persönlich in meiner Arbeitssituation ungerecht behandelt. Nach meiner Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten wurde mir nur ein Arbeitsvertrag über 25 Stunden angeboten mit der Zusage, spätestens nach drei Jahren eine Vollzeit-arbeitsstelle zu erhalten. Tatsächlich arbeite ich aber 40 bis 50 Stunden in der Woche, und zwar bei einer Bezahlung, die in keinem Verhältnis zu der eines fest Angestellten steht, der die gleichen Aufgaben wahrnimmt. Ich bekomme zwar im nachhinein Überstunden bezahlt, aber das macht weniger aus, als wenn ich tatsächlich einen 40-Stunden-Vertrag hätte.

Was halten Sie denn von dem Vorschlag Oskar Lafontaines, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich für diejenigen vorzunehmen, deren Gehalt höher als 5000 DM liegt?

Hans-Jürgen Stitz: Mit meinem Gehalt gehöre ich in diese Klasse der „Besserverdienenden“. Ich bin verheiratet, habe zwei Kinder und verdiene brutto 5 600 DM. Es ist allerdings mehr als problematisch, auf das Brutto-Gehalt abzustellen. Ich bezahle etwa 1 300 DM an Lohnsteuer. Hinzu kommen Unterhaltsverpflichtungen für die Kinder, außerdem Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsbeiträge. Ich lebe von meiner Frau und den Kindern getrennt, habe also die steuerlichen Vorteile eines Verheirateten nicht. Angesichts dieser Belastungen bleiben mir von dem stattlichen Brutto-Gehalt nach allen Abzügen noch rund 1 000 DM zum Leben. Wenn ich davon noch schätzungsweise 10 Prozent abgeben müßte, würde es bei mir kritisch. Ich müßte mich

erheblich einschränken. Ich glaube nicht, daß es viel Sinn macht, von den Bruttogehältern auszugehen. Das gilt auch dann, wenn zum Beispiel ein Familienvater mehr steuerliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen kann als ich. Die Diskussion mit meinen Kollegen, die alle etwa in meiner Gehaltsgruppe hegen, hat ergeben, daß der Vorschlag Lafontaines nicht auf Resonanz stößt. Wir haben in den letzten Jahren mehrfach die Erfahrung machen müssen, daß dem freiwilligen Verzicht der Arbeitnehmer keine entsprechenden Leistungen der Arbeitgeber gefolgt sind. Ich will an einem konkreten Beispiel klarmachen, welche Vorleistungen die Arbeitnehmer schon jahrelang erbringen: In der Stadtverwaltung Dortmund werden seit 1984 Personalkosten eingespart, die sich auf rund 10 Prozent summieren. Das hatte eine erhebliche Arbeitsintensivierung zur Folge. Außerdem wurden viele solcher Arbeitsverhältnisse geschaffen, wie Martina sie eben beschrieben hat. Es werden demnächst weitere 300 Arbeitsplätze wegfallen. Und in dem Maße, wie neue Technik eingesetzt wird, muß Personal eingespart werden. Das alles muß man doch mitbedenken, wenn man weitere Vorleistungen von den Arbeitnehmern verlangt.

Was mich an Lafontaines Vorschlag aber besonders wütend macht, ist, daß er so tut, als hätten wir keinen Kapitalismus, als gebe es keine Arbeitgeber mehr. Konzerne zahlen klotzige Dividenden, es findet eine massive Kapitalflucht statt, die Gewinne einerseits und die Einkommen der abhängig Beschäftigten andererseits klaffen immer weiter auseinander. Das alles kommt bei Lafontaine nicht vor, er spricht nur noch von der Solidargemeinschaft der Arbeitnehmer. Ja, haben *wir* denn die Arbeitslosen produziert? Und wer rationalisiert denn in großem Stil? Etwa die Arbeitnehmer? Lafontaine scheint den Kampf gegen das Kapital, gegen die Arbeitgeber aufgegeben zu haben. Sein Vorschlag mag in sich diskutabel sein, aber er geht in die falsche Richtung. Eine gewerkschaftliche Position beschreibt er jedenfalls nicht.

Peter Klingner: Ich bin der Auffassung, daß der Vorschlag von Lafontaine eine zwingende Verpflichtung für die Arbeitgeber enthalten müßte, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Darauf müßten die Gewerkschaften stärker hinweisen und hinarbeiten. Ich glaube, die Bereitschaft, auf einen Teil der Lohnerhöhung zu verzichten, würde gerade bei den Leuten, denen es schwerer fällt, ausgeprägter sein, wenn eine konkrete Verpflichtung, ein konkretes Ja der Arbeitgeber vorhegen würde, Stellen zu schaffen und neue Leute einzustellen. Das darf sich allerdings nicht auf den öffentlichen Dienst beschränken, die Privatwirtschaft müßte ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Martina Auffermann: Wenn man ganz genau wüßte, daß mit dem eingesparten Geld tatsächlich Arbeitslose eingestellt würden, dann würde einem der finanzielle Verlust nicht so weh tun.

Lafontaine sagt, daß er dort mit der Bekämpfung von Arbeitslosen beginnen müsse, wo er die konkrete Möglichkeit dazu habe: im öffentlichen Dienst. Ist das nicht ein vernünftiger Ansatz?

Peter Klingner: Ich werde das Gefühl nicht los, daß der öffentliche Dienst für etwas herhalten soll, was anderswo nicht durchsetzbar ist. Wenn es nämlich um den Beamtenbereich geht, braucht nur eine Gesetzesvorlage erstellt und das Gesetz verabschiedet zu werden. Keine Gewerkschaft kann in diesen Prozeß eingreifen. Die Gewerkschaften können allenfalls versuchen, Proteste zu organisieren, aber die definitiven Entscheidungen werden an anderer Stelle getroffen. In den vergangenen Jahren lag der öffentliche Dienst immer ein bis zwei Prozent unter den Löhnen und Gehältern, die in der privaten Wirtschaft gezahlt wurden. Geht es aber jetzt darum, Solidarbeiträge für die Arbeitslosen zu erbringen, dann wird der öffentliche Dienst an erster Stelle genannt.

Beamte sind unkündbar, sie haben gewisse Vorteile, zum Beispiel bei der Alterssicherung. Kann man den Beamten von daher nicht doch mehr zumuten?

Peter Klingner: Gegenüber dem Beamten gibt es nach wie vor viele Vorurteile, die zum Teil sehr alt sind und deshalb so schnell nicht abgebaut werden können. Viele Menschen scheinen davon auszugehen, daß alle Beamten mindestens 4 000 bis 5 000 DM netto verdienen, was keineswegs so ist. Übersehen wird, daß die Beamten vielfach die Hauptlast bei der Einführung von neuen Technologien oder bei Einsparungsmaßnahmen tragen. Beamte haben kein Streikrecht. Nehmen sie dennoch an Arbeitsk Kampfmaßnahmen teil, können sie von den Arbeitgebern belangt werden. Die Beamtenschaft ist eine Art Einsatzreserve, auf die der Arbeitgeber sich immer verlassen können will.

All das ist schwer zu vermitteln und man fühlt sich als gewerkschaftlich organisierter Beamter relativ machtlos gegenüber den verbreiteten Vorurteilen. Auch die Gewerkschaften selbst scheinen mir da nicht viel ausrichten zu können; in dieser Sache steckt innergewerkschaftlicher Sprengstoff. Ich würde zum Beispiel gerne auf die angeblichen Vorzüge des Beamtenstatus verzichten und viele meiner Kollegen auch. Denn so groß sind diese Vorteile auch wieder nicht. Ich plädiere für ein einheitliches Personalrecht.

Hans-Jürgen Stitz: Der öffentliche Dienst wird im allgemeinen mit der Beamtenschaft gleichgesetzt. Unterschiede in der Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beispielsweise oder Unterschiede in den Beschäftigungs- und Vergütungsformen werden einfach nicht zur Kenntnis genommen. Dabei gibt es im öffentlichen Dienst sowohl Arbeiter als Angestellte und Beamte. Die Beamten genießen keineswegs nur Vorteile. Sie sind sozusagen die disponible Masse, die hin- und hergeschoben wird. Im Vergleich zu den Angestellten können sie wesentlich ungerechter behandelt werden, das fängt bei den Eingangsvoraussetzungen an. Beamte können sehr viel geringer bezahlt werden als Angestellte mit vergleichbaren Tätigkeiten. Der größte Teil der Beamten ist in den unteren Einkommensgruppen angesiedelt und verdient beileibe nicht mehr als der Durchschnitt der Facharbeiter. In einer Stadtverwaltung liegen mehr als zwei Drittel der Beamten unterhalb der Einkommensgruppe A 12. In der öffentlichen Diskussion werden dagegen meist

die hochverdienenden Beamten bei Ländern und im Bund, zum Beispiel in den Ministerialverwaltungen, gesehen. Aber das sind eben vergleichsweise wenige Positionen. An unerschwellige Vorurteile knüpfen politische Aktionen an, wie sie jetzt der hessische Ministerpräsident Wallmann ankündigt, der die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst nicht auf die Beamten übertragen will. Das sind doch feudale Praktiken. Auf diese Weise werden die abhängig Beschäftigten weiter auseinanderdividiert, wird die Einheitsgewerkschaft gespalten.

Wie kann man das Verständnis untereinander im gewerkschaftlichen Bereich denn erhöhen? Was muß getan werden, damit eine Spaltung zwischen den verschiedenen Arbeitnehmergruppen verhindert wird?

Martina Auffermann: Ich glaube, daß insbesondere die Arbeiter im öffentlichen Dienst wenig Verständnis für die Belange der Beamten haben. Warum sollten denn zum Beispiel die Arbeiter bei der Müllabfuhr für Forderungen im Beamtenbereich auf die Straße gehen? Die werfen den Beamten vor, daß sie ihrerseits auch nichts für die Arbeiter täten. Da gibt es unüberwindliche Hindernisse.

Hans-Jürgen Stitz: Nach meiner Auffassung ist innerhalb des DGB in den letzten Jahren versäumt worden, stärker auf die Gesamtsolidarität zwischen allen Arbeitnehmern hinzuwirken, sei es im öffentlichen Dienst, sei es in der gewerblichen Wirtschaft. Im öffentlichen Dienst sind sehr viele Menschen beschäftigt, die allein aufgrund ihrer großen Zahl zeigen könnten, was Solidarität bedeuten kann. Und der gesamte öffentliche Dienst ist mit den Arbeitsstrukturen außerhalb des öffentlichen Dienstes intensiv verbunden: Wenn zum Beispiel irgendwo viele Arbeitnehmer entlassen werden, dann trifft das auf vielfältige Weise den öffentlichen Dienst. Diese Bezüge müßten deutlicher gemacht werden. Wenn sich der öffentliche Dienst auf diese Weise stärker in die gewerkschaftliche Gemeinschaft einbrächte, brauchten wir uns sicherlich viel weniger zu rechtfertigen. So könnten Vorurteile abgebaut werden. Und Politiker wie Lafontaine, die sich an die Strukturen dieser Gesellschaft nicht wirklich heranmachen wollen, könnten dann den öffentlichen Dienst nicht sozusagen als Experimentierfeld heranziehen.

Wenn man die Vorschläge Lafontaines ablehnt, welche anderen Mittel und Methoden könnte man gegen die Arbeitslosigkeit einsetzen?

Peter Klingner: Entscheidend scheint mir zu sein, ob der Staat aufgrund seiner finanziellen Situation die Freiräume hat, etwas zu tun. Die Selbstheilungskräfte des Marktes jedenfalls, auf die bisher so sehr gesetzt wurde, haben sich nicht als wirksam gegen die Massenarbeitslosigkeit erwiesen.

Hans-Jürgen Stitz: Es gibt durchaus Möglichkeiten, Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Die Konzepte des DGB und der Gewerkschaften liegen seit Jahren vor. Sie sehen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Bereichen vor, wo

menschliche Arbeit dringend benötigt würde: zum Beispiel im Umweltschutz, im Städtebau, im Nahverkehr. Die Reaktion darauf ist bekannt: Diese Vorschläge werden nicht akzeptiert, und zwar ist das parteipolitisch übergreifend so. Was CDU und FDP im Bund falsch machen, das macht die SPD nach meiner Auffassung zum Teil in den Kommunen falsch. Die Möglichkeiten, die es gibt, werden - aus welchen Gründen auch immer - nicht genutzt.

Ist Gerechtigkeit herstellbar oder wieder herstellbar?

Martina Auffermann: Solche Ansatzpunkte sehe ich, seitdem ich arbeite, nicht. In der Tarif politik ist es doch so, daß aufgrund der ständigen prozentualen Forderungen die Einkommen immer weiter auseinanderklaffen. Das müßte man durch Sockelbeträge ändern. Aber es werden ja noch nicht einmal die Abstände „eingefroren“. Und für mich persönlich besteht immer noch die Gefahr, meinen Arbeitsplatz zu verlieren. Mit meiner sehr speziellen Ausbildung kann ich anderswo nichts anfangen.

Du siehst Deine persönliche Zukunft also nicht optimistisch?

Martina Auffermann: Nein, ich sehe sie eher pessimistisch. Andere in meinem Alter sind allerdings noch wesentlich pessimistischer. Wenn man, wie wir, seit geraumer Zeit versucht hat, an einer einigermaßen unerträglichen Situation etwas zu verändern und dabei keinen Erfolg hat, dann resigniert man irgendwann. Dann wird einem alles egal.

Peter Klingner: Ich bin inzwischen Beamter auf Lebenszeit, was schon gewisse Vorteile mit sich bringt. Ich bin im Grunde genommen etwas gleichgültiger geworden, mache meine Arbeit. Natürlich denke ich oft an die, denen es schlechter geht. Aber die vielerlei Ansätze und Initiativen, die bisher zu nichts geführt haben, machen einen doch recht ratlos.

Hans-Jürgen Stitz: Diese weit verbreitete Tendenz zur Resignation, gerade bei jüngeren Kolleginnen und Kollegen, ist, so verständlich sie ist, schwer zu ertragen. Ein bißchen Hoffnung macht es mir, daß die Menschen, wenn sich Situationen wirklich zuspitzen, doch bereit sind, sich zu engagieren. So ist es hier bei uns jedenfalls in konkreten Situationen gewesen. Dann kommt das Gefühl der Solidarität auf, wie es ab und zu im Herzen entstehen muß, wenn es weitergehen soll. In dieser Richtung müssen die Gewerkschaften etwas tun: die Solidarität zwischen allen herzustellen - die Arbeitslosen eingeschlossen.